Margot Käßmann

Nicht Kriegstüchtigkeit ist das Ziel – friedensfähig müssen wir werden!

Rede beim Bundeskongress der DFG-VK am 24. Oktober 2026 in Stuttgart

Anrede,
auch vor zehn Jahren habe ich beim Bundeskongress einen Vortrag gehalten. Und ich hätte mir damals nicht vorstellen können, wie sehr sich die Situation in dieser Zeit verändert hat! Damals war Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin, die Wehrpflicht war ausgesetzt. Niemals habe ich erwartet, dass ein Verteidigungsminister unser Land auffordert, kriegstüchtig zu werden! Oder dass der Bundeskanzler die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas machen will. Oder dass die Grünen Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet befürworten. Oder dass es einen „Operationsplan Deutschland“ gibt, der die Zivilbevölkerung auf den Krieg vorbereiten soll. Oder dass alle 18jährigen eines Jahrgangs von der Bundeswehr Werbe- und Erfassungs-Post erhalten. Aber das alles beklagen hilft nichts. Wir müssen hinschauen und dann aktiv werden. Gewaltfreiheit befürworten heißt nicht, nichts tun!

Ihr alle seid genauso im Thema bewandert wie ich. Vier Aspekte will ich heute hervorheben. Zuallererst natürlich die **Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung**.

Und ich will mit einer positiven, einer Hoffnungsgeschichte beginnen: Die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. hat beschlossen, den Internationalen Westfälischen Friedenspreis 2026 an die NATO zu vergeben. Das hat zu vielen Protesten geführt. Als Konsequenz wurde im letzten Dezember der Verein Alternativer Westfälischer Friedenspreis e. V. gegründet. Der hat nun am 25. September 2026 im Historischen Rathaus zu Münster, einem der Orte der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens von 1648, diesen Preis an connection e.V. verliehen. Für mich war das eine tolle Aktion, ein Beispiel dafür, wie wir reagieren können. Und gerne habe ich die Laudatio gehalten. Gut, dass es schon lange und an vielen Stellen eine gute Zusammenarbeit von Connection mit zahlreichen DFG-VK-Gruppen gibt. Aber schließlich ist Connection ja auch vor über 30 Jahren aus DFG-VK-Zusammenhängen heraus entstanden. Und der leider im letzten Jahr verstorbene Rudi Friedrich, der über Jahrzehnte „das Gesicht“ von Connection war, hatte „sein Handwerk“ bei der DFG-VK gelernt, z.B. als Geschäftsführer des hessischen Landesverbands.

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht, das ist das zentrale Thema von connection e.V. . Und damit ist der Verein eine sehr gute Alternative zur NATO, die den Dienst an der Waffe als Normalität ansieht. Zudem tritt Connection energisch dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerung und Desertion ein Asylgrund sind. Das sind beide in der EU nicht. Mit dem neuen GEAS-Verfahren, das sog. Gemeinsame Europäische Asylsystem der Europäischen Union, werden alle Geflüchteten zurückgeführt, auch nach Russland. Dabei betont Connection, dass der Verein nicht

bewerten will, ob ein Krieg nun „gerecht“ sei oder nicht. Ihm geht es darum, alle zu unterstützen, die nicht kämpfen wollen.

Ich kann das nur aus tiefstem Herzen befürworten! Für mich ist Kriegsdienstverweigerung schlicht und ergreifend ein Menschenrecht. Wo immer dieses Recht verletzt wird, wo immer Menschen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden, dort gilt es, einzugreifen und diese Menschen zu schützen. Dass in Deutschland die Verletzung dieses Menschenrechtes nicht als Asylgrund angesehen wird, halte ich für einen Skandal. Im Grundgesetz Artikel 4 Absatz 3 heißt es: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden Es heißt ausdrücklich nicht: „Kein Deutscher darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“, sondern „Niemand“ – und damit jeder Mensch, der sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes befindet.

Es geht eben nicht um Wehrpflicht, sondern um Kriegsdienst. Und in all den Jahren, in denen ich Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer war, habe ich mich gefragt, warum unser Staat sich das Recht nimmt, das Gewissen derer zu prüfen, die den Kriegsdienst verweigern wollen, nicht aber das Gewissen derer, die ihn leisten wollen. Denn beide müssen doch ihr Gewissen prüfen. Und kann der Staat überhaupt das Gewissen eines Menschen prüfen? Wer wird eigentlich dazu von wem berufen, das zu tun? Wodurch sind diese Menschen qualifiziert? Denn das sehen wir bei den vielen Anträgen zur KDV, die jetzt durch die DFG-VK beraten werden: Es ist ungeheuer schwer, die Verweigerung des Kriegsdienstes mit 17, 18 Jahren durch das Gewissen zu begründen. Und wenn das schon, wie wir aktuell sehen, Abiturienten und Reservisten schwerfällt, wie viel schwerer fällt es denen, die etwa einen Hauptschulabschluss haben oder einen Migrationshintergrund, das so zu formulieren, dass die Gewissensprüfer es akzeptieren? Das ist wichtig, im Blick zu behalten, damit am Ende es nicht diejenigen sind, die aus einer privilegierten Situation kommen, die den Kriegsdienst verweigern und andere mit weniger Bildungschancen diejenigen sind, die ihn leisten müssen.

Politik und Militär wollen diesen Zwangskriegsdienst, weil sie auf Masse setzen. In der Militärsprache heißt das „Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit“. Auch da bin ich für Klartext: Der Kriegsdienstzwang schafft Kanonenfutter! Es sind die Alten, die die Jungen verpflichten wollen, Dienst an der Waffe zu leisten. Und sie jetzt mit Ausbildung, Führerschein, Geld zu locken, wird eben nicht alle gleichermaßen zur Bundeswehr bringen, sondern gerade diejenigen, die aus sozial benachteiligten Familien kommen. Die Bundeswehr wirbt derzeit massiv für den Eintritt „in die Truppe“. Da ist eine sympathische junge Frau zu sehen, die betitelt wird: „Ich mach es für mich – und meine Leute“. Oder ein junger Mann: „Ich mach´s für mich und mein Zuhause.“ Darunter steht jeweils: „Wehrdienst machen, Frieden sichern. Weil du es kannst“. Es gibt Videoclips zu Kameradschaft, Leute, die für sich und ihr Viertel, für alle Frauen, alle ihre Freunde zu Bundeswehr gehen sollen. Ich finde das hochproblematisch. Soldatsein ist kein Abenteuerspiel. Und wenn sich der Verteidigungsminister jetzt darüber empört, dass in den Sondierungsgesprächen von Linken, SPD und Grünen in Berlin geplant ist, die Kooperationsvereinbarung der

Bundeswehr mit Schulen zu kündigen, zeigt das, wie wichtig der Bundeswehr die Präsenz an Schulen mit Blick auf Rekrutierung ist.

Mit einem verpflichtenden Wehrdienst würde auch wieder ein Zivildienst ins Leben gerufen. Kurz bevor die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, leisteten mehr junge Männer Zivildienst als Wehrdienst. Viele aber wurden gar nicht mehr gemustert, weil der Bedarf der Bundeswehr geringer geworden war. Die Wehrungerechtigkeit war enorm. Wenn es in absehbarer Zeit eine Bedarfswehrpflicht geben sollte, ist die Frage, wie Gerechtigkeit entstehen soll mit Blick auf einen möglichen Dienst von Kriegsdienstverweigerern. Heißt das dann: Besser nicht verweigern, sondern wegducken, falls es zum berüchtigten Losverfahren kommt?

Heute plädieren viele für ein soziales Pflichtjahr junger Leute, auch Bundespräsident Steinmeier. Ich halte das für einen Irrweg. Wer will eine junge Frau oder einen jungen Mann mit 18 Jahren beispielsweise in einem Pflegeheim begleiten, der oder die überhaupt kein Engagement dafür zeigt, sondern vom Staat zwangsverpflichtet wird? Zudem: Was für ein Bürokratiemonster würde entstehen, wenn jedes Jahr über 650.000 ~~gut 800.000~~ junge Leute in Einrichtungen vermittelt und begleitet werden müssten? Heute schon ist es so, dass das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) von rund 50.000 jungen Leuten pro Jahr absolviert wird. Im Bundeshaushalt für 2025 wurden die Mittel für das FSJ und das Freiwillige Ökologische Jahr allerdings um 17 Millionen Euro gekürzt. Auch der Internationale Jugendfreiwilligendienst steht durch finanzielle Kürzungen auf der Kippe. Wie kann man ernsthaft für ein Pflichtjahr werben, wenn das freiwillige Jahr nicht mehr ausreichend finanziert wird?

In den USA – die gewiss nicht in allem Vorbild sind – muss in vielen Bundesstaaten jedes Kind für das Schulzeugnis angeben, welchen ehrenamtlichen Dienst es in diesem Jahr geleistet hat. Das halte ich für sinnvoll, auch für unsere Demokratie: Nach und nach in eine Haltung hineinwachsen, in der selbstverständlich ist, dass ich einen Beitrag für unser Gemeinwesen leiste. So ein Jahr, das ich unter Zwang absolvieren muss, obwohl vielleicht gerade ganz anderes für mich ansteht, scheint mir eher kontraproduktiv. Ein Hineinwachsen in ehrenamtliches Engagement als Selbstverständlichkeit für Bürgerinnen und Bürger halte ich für wesentlich sinnvoller!

1950 hat die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen die Nürnberger Prinzipien formuliert. Sie gelten als Geburtsstunde des modernen Völkerstrafrechts. Wichtig ist: Wer eine Tat begeht, trägt dafür persönlich die strafrechtliche Schuld. Und eine Tat kann auch nicht durch staatliches Recht legitimiert werden, wenn sie nach Völkerrecht strafbar ist. Das heißt: Ein Soldat, eine Soldatin können sich nicht auf Befehlszwang berufen. Deserteure sind nach Völkerrecht demnach im Recht!

Die Deutsche Friedensgesellschaft tritt wie connection e.V. dafür ein, dass junge Männer aus der Ukraine und aus Russland, die den Kriegsdienst verweigern, in Deutschland politisches Asyl erhalten. Wenn Menschenrechte, dann für alle! In diesem Zusammenhang muss auch über Deserteure gesprochen werden. Nach Schätzungen ist bis zu 180.000 ukrainischen und etwa 150.000 russischen Männern die Flucht aus ihrer jeweiligen Armee gelungen. Bis zu zwei Millionen Ukrainer im so genannten wehrfähigen Alter sollen sich der Mobilisierung durch Flucht ins Ausland

entzogen haben. Viele von ihnen befürchten, angesichts des Mangels an Reservisten in der Ukraine, keinen Schutz mehr vor Rekrutierung zu haben.

⇒ Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht – das ist und bleibt unser Thema. Und deshalb gilt es, die Schulstreiks gegen Wehrpflicht zu unterstützen, wie wir das als DFG-VK am 2. Oktober mit der Konzert-Aktion am Brandenburger Tor in Berlin auch getan haben.

Zum zweiten ist natürlich **Aufrüstung** zentrales Thema.

Bundeskanzler Merz erklärt, wir befänden uns zwar nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Verteidigungsminister Pistorius forciert den Ausbau der Bundeswehr und avanciert damit zum beliebtesten Politiker des Landes. Roderich Kiesewetter forderte Ende 2025 gar, den Spannungsfall nach Artikel 80a Grundgesetz - eine Vorstufe zum Verteidigungsfall - ausrufen. Ständig wird dabei argumentiert, Russland werde spätestens 2029 Deutschland oder ein anderes NATO-Land angreifen. Die Wochenzeitung DIE ZEIT hat versucht, dass zu verifizieren. Aber selbst Carlo Masala erklärte, „Das steht nirgendwo geschrieben, aber es erscheint mir wahrscheinlich“. Und Sönke Neitzel, der behauptet hatte, 2025 sei der letzte Sommer, den wir im Frieden erleben, meint auf die Nachfrage nur noch: „Ich halte das für ein Szenario, das wir nicht ausschließen können.“[1] So wird Kriegsangst geschürt und Vorkriegsstimmung erzeugt. Dagegen ruft die Friedensbewegung in der Tradition Wolfgang Borcherts ihr Nein!

Der oberste NATO-Kommandeur in Europa, der US- General Alexus Grynkewich, dagegen hat Warnungen vor einem bevorstehenden russischen Angriff auf NATO-Staaten relativiert. Im Juni 2026 sprach er im Rahmen einer Veranstaltung auf der Luft- und Raumfahrtmesse ILA in Berlin davon, dass Russland aktuell keinen Konflikt suche. Das heißt doch, es wird eine gigantische Bedrohungskulisse aufgebaut, die Angst schürt, um die Rüstungsinvestitionen zu rechtfertigen. Schleichend schreitet die Militarisierung voran.

Und der Politikwissenschaftler Johannes Varwick schreibt dazu in seinem Buch „Stark für den Frieden“: „Die Fakten sehen anders aus: Die NATO-Staaten geben etwa zehnmal so viel Geld für Rüstung aus wie Russland. Den insgesamt 1474 Milliarden US-Dollar, die alle derzeit 32 NATO-Staaten 2024 gemeinsam aufwenden, steht ein russischer Verteidigungshaushalt gegenüber, der – obschon er ebenfalls rasant aufwächst – ein Bruchteil davon beträgt. Dies gilt selbst dann, wenn man nur die Ausgaben der europäischen Staaten addiert. Diese liegen bei insgesamt 506,99 Milliarden US-Dollar. Und damit stellt sich die Frage, auf welcher Bedrohungsanalyse die weitreichenden Aussagen – Angriff Russlands auf die NATO im Jahr 2029 – denn stehen.“[2]

---

[1] Annika Joeres und Maxim Kireev, Der Russe kommt. Vielleicht, Die Zeit, 22. Mai 2025.

[2] Johannes Varwick, Stark für den Frieden. Was jetzt für eine rationale Sicherheitspolitik zu tun ist, Neu-Isenburg 2026, S. 105.

Wir brauchen nicht Abschreckung, sondern Entspannungspolitik, statt Kriegslogik geht es um Friedenslogik. Wir brauchen keine Hochrüstung mit hunderten Milliarden Euro für Waffen und gleichzeitiger Kürzung der Sozialleistungen. Stattdessen brauchen wir Abrüstung, Verhandlungen, vertrauensbildende Maßnahmen, Diplomatie. Nicht Kriegstüchtigkeit ist das Ziel. Friedensfähig müssen wir werden! Ich hätte mir gewünscht, dass Deutschland nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine nicht der größte Waffenlieferant Europas ins Kriegsgebiet wird, sondern der gewichtigste diplomatische Akteur, der Vertrauen auf allen Seiten besitzt und vermitteln kann.

In den letzten Jahren erleben wir stetig neue Ankündigungen von Aufrüstungsprogrammen, die durch gigantische Milliardensummen finanziert werden sollen. Mich macht wirklich fassungslos, welche Unsummen auf einmal in unserem Land und der EU für Aufrüstung – was stets unter dem Label „Verteidigung“ läuft – aufgebracht werden. Die Zinsen, die durch all die neuen Schulden entstehen, werden den regulären Haushalt massiv belasten werden – zu befürchten ist auf Kosten der Sozialausgaben. Und unsre Kinder und Enkel werden eine immense Schuldenlast von uns erben. Unvorstellbar, solche Summen wären zur Bekämpfung der Klimakatastrophe angesagt worden oder für sozialen Wohnungsbau oder für Pflegeeinrichtungen und Kitas!

Krieg wird wieder als Normalität dargestellt, dafür steht geradezu der Begriff „Zeitenwende“. Sicherheit wird auf dem Weg der Aufrüstung und Abschreckung gesucht.

Als evangelische Christin, Pfarrerin und Theologin erlaube ich mir zum Begriff der Sicherheit diese kleine Nebenbemerkung und die Erinnerung an Dietrich Bonhoeffer. Bei einer ökumenischen Jugendkonferenz auf der dänischen Insel Fanö im August 1934, also anderthalb Jahre, nachdem Hitler und die Nazis in Deutschland die Macht übernommen hatten, sagte er in einem Referat über den Weltfrieden: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn der Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg.“ Nach zweijähriger Haft wegen „Wehrkraftzersetzung“ wurde Dietrich Bonhoeffer am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet.

Zurück zur so genannten Zeitenwende: Ich hätte mir gewünscht, dass die europäischen Staaten viel früher Versuche gestartet hätten, in der Ukraine zumindest einen Waffenstillstand zu erreichen statt einzig Waffenlieferungen als Mittel der Wahl zu sehen. Doch offenbar sucht Europa auch jetzt nur in der Aufrüstung das „Heil“, statt ganz intensiv auf Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstungsabkommen zu setzen.

Mit der Militarisierung geht eine beispiellose Aufrüstung einher, an der vor allem die Rüstungsindustrie verdient, deren Aktien Rekordhöhen erreichen. Allein die Aktie von Rheinmetall ist seit Februar 2022 von 96 Euro € zwischenzeitlich auf knapp 2.000 Euro gestiegen! Die Prognosen sind bestens, zeigen Analysten, und stufen die Aktie als „attraktiv“ ein. So heißt es in einer Meldung der FOCUS-online-Redaktion vom 11.

März 2026: „Deutschlands größter Rüstungskonzern Rheinmetall will sein ohnehin schon rasantes Wachstumstempo dieses Jahr noch steigern. Wie die Waffenschmiede in Düsseldorf mitteilte, soll der Umsatz um 40 bis 45 Prozent steigen. Im vergangenen Jahr waren die Erlöse um 29 Prozent auf rund 9,9 Milliarden Euro nach oben geklettert. … Die Auftragsbücher sind prall gefüllt… ." Zur Eröffnung der neuen Rüstungsfabrik von Rheinmetall in Unterlüß 2025 kamen eigens Nato-Generalsekretär Rütte und Finanzminister Klingbeil. Jetzt heißt es sogar, die Rüstungsindustrie müsse staatlich gefördert werden. Irgendwer verdient immer am Krieg. Nachhaltig ist das alles nicht. Denn Rüstungsgüter sind dem wirtschaftlichen Kreislauf und damit der Wertschöpfungskette entzogen.

⇒ **Aktionäre verdienen an den Kriegen der Welt und wenn die Flüchtlinge aus diesen Kriegen zu uns kommen, werden sie abgewiesen. Krieg wird abstrakt gesehen, er geschieht irgendwo anders. Das ganz konkrete Elend und Leid, das er für hunderttausende Soldaten wie Zivilisten mit sich bringt, wird ausgeblendet. Es ist auch die Aufgabe von uns als DFG-VK, das immer wieder zu thematisieren.**

Als dritten Punkt nenne ich die **Diffamierung der Friedensbewegung**.

Heute ist nicht nur von „Elitärpazifismus", sondern auch von „selbsternannten Friedensfreunden" die Rede. Wer Friedensverhandlungen fordert, wird sofort als Putinversteherin diffamiert. Volker Beck twittert von „Teestubenpazifismus", Sascha Lobo spricht von „Lumpenpazifisten", Ralf Fücks gar von "Unterwerfungspazifisten" (Der SPIEGEL 13.7.22) Der Liedermacher Wolf Biermann erklärt gegenüber Prominenten, die einen schnellen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine forderten: „Diese falschen Pazifisten halte ich für Second-Hand-Kriegsverbrecher."[3]

Die teils wüsten Beschimpfungen gehen damit einher, dass allen, die für den Frieden eintreten oder sich selbst als Pazifistinnen bzw. Pazifisten bezeichnen, unterstellt wird, sie begriffen nicht, dass Wladimir Putin den Krieg gegen die Ukraine völkerrechtswidrig begonnen habe. Doch, haben wir. Aber wenn wir für das Völkerrecht gegenüber Russland eintreten – die Frage stellt sich übrigens auch mit Blick auf Russlands Interventionen in Tschetschenien und Georgien, das wird allzu oft vergessen – dann können wir das nur glaubwürdig tun, wenn auch andere Verletzungen des Völkerrechts benannt und angeprangert werden. Es bleibt mir unverständlich, wie wenig Bundeskanzler Merz für das Völkerrecht einsteht. Als Israel 2025 Atomanlagen im Iran bombardierte, meinte er, Israel erledige die „Drecksarbeit". Als Präsident Trump im Januar 2026 den Präsidenten Venezuelas und seine Frau entführen ließ, erklärte er, das sei völkerrechtlich „komplex". Als die USA und Israel den Iran Ende Februar 2026 angegriffen haben, sprach er von einem "Dilemma". So geht das doch nicht. Entweder das Völkerrecht gilt für alle oder es hat überhaupt keinen Wert. Mit Respekt habe ich wahrgenommen, dass der

[3] Wolf Biermann, Wann wird man je versteh´n, ZEIT Nr. 44/2022.

Bundeskanzler angesichts der Anfrage von US-Präsident Trump, die NATO solle helfen, die Straße von Hormus zu sichern – die er mit dem amerikanischen und israelischen Angriff auf den Iran unsicher gemacht hatte – klar gesagt hat, die NATO sei kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungsbündnis und: „Das ist nicht unser Krieg". Allerdings erklärt Roderich Kiesewetter, CDU-Bundestagsabgeordneter schon am 23. März 2026 im Deutschlandfunk, aufgrund der Angriffe auf die Seewege sei das „inzwischen doch unser Krieg mitgeworden"….

Der Einspruch lautet: Das Völkerrecht muss allerhöchste Priorität behalten. Es kann nicht hingenommen werden, dass Staaten schlicht erklären, sie hätten ein Recht, andere Staaten anzugreifen, um mit einem Präventivschlag zu erwartende Angriffe abzuwehren. In der Folge kommt es zu Tod, Zerstörung und der Zersetzung von staatlichen Strukturen. Das halte ich für völlig inakzeptabel und darum bleibe ich Pazifistin.

Eine kontroverse Debatte über die Rolle Deutschlands aber, ein Infragestellen der Sinnhaftigkeit fortgesetzter Waffenlieferungen ist nicht möglich, ohne als dumm, naiv oder „Putinversteherin" beschimpft zu werden. Wer versucht, die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine zu beleuchten, etwa die NATO-Osterweiterung nach 1990 zu hinterfragen, dem wird unmittelbar unterstellt, zu leugnen, dass Russland die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen hat. So ist demokratischer Diskurs unterbunden. Der Friedens- und Sozialforscher Christoph Butterwegge erklärt, es sei verrückt wie beispielsweise über den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Rolf Mützenich hergefallen wurde, als dieser – selbst ein studierter Friedenswissenschaftler (!) – Überlegungen zu einem Einfrieren des Kriegs in der Ukraine geäußert hatte. Butterwegge: „Ich bin der Meinung, hier wird eine richtige Vorkriegsstimmung erzeugt."[4]

Bei alledem gehört es zur Demut eines Menschen, anzuerkennen, dass ich mit jeder Option, die ich im Leben einnehme, schuldig werden kann. Die ehemalige Außenministerin Baerbock sagte: „Unsere Waffen retten Menschenleben". Eine solche Aussage muss aber mit der Erkenntnis einhergehen, dass unsere Waffen eben auch töten, dafür wurden sie entwickelt. Lehnen Pazifistinnen und Pazifisten Waffenlieferungen an Menschen ab, die sie zu ihrer Verteidigung anfordern, muss ihnen klar sein: Das kann Menschenleben kosten. Niemand kann – wie einst Pontius Pilatus versuchte – die eigenen Hände in Unschuld waschen. Aber die Ablehnung von Waffenlieferungen mit einhergehenden Konzepten von Diplomatie, Verhandlungen, sozialer Verteidigung darf als Alternative nicht einfach lächerlich gemacht werden.

Es ist fatal, dass Kritik an Waffenlieferungen nahezu ignoriert wird. Die Besorgnis so vieler Menschen sollte sich doch in der Politik demokratischer Parteien spiegeln. Stattdessen gibt es in CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP wie ein Dogma das Plädoyer für Waffenlieferungen an die Ukraine. Wer anderer Meinung ist, muss mit Spott und Häme rechnen.

[4] Georg Ismar, Die Entfremdung. Raketendebatte in der SPD, SZ 5.8.2024.

Problematisch scheint mir auch, dass auf keine Weise thematisiert wird, wie viele Menschen rechtsextreme Parteien wählen, nicht weil sie Neonazis favorisieren, sondern weil sie gegen Waffenlieferungen votieren wollen. In der Folge greift die AfD das Thema auf und geriert sich als Friedenspartei, das haben wir im Landtag von Sachsen-Anhalt gerade gesehen. Wer aber von Remigration und Zwangsdeportationen fantasiert und Unfrieden im eigenen Land sät, kann nicht glaubwürdig für Frieden im internationalen Bereich eintreten. Deshalb ist aktuell wichtig, das Thema Frieden nicht dem politisch rechten Spektrum zu überlassen und die Friedensbewegung davon abzugrenzen. Ich denke, die Partei „DIE LINKE“ hat bei der letzten Bundestagswahl auch derartig überraschende Erfolge erzielt, weil sie Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ablehnt und erklärt, die Bundeswehr müsse wieder auf ihre ursprüngliche – und von der Verfassung einzig vorgesehene – Aufgabe beschränkt werden: Landesverteidigung. In Artikel 87a Absatz 1 Grundgesetz steht: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“

Heute zögern immer wieder Menschen, ~~sich~~ an Friedenskundgebungen teilzunehmen, weil sie Angst haben, vereinnahmt zu werden: Von der AfD, von Russland, vom BSW. Aber wenn wir alle schweigen, weil wir vereinnahmt werden könnten, erhebt sich keine hörbare Kritik am Krieg. Ich persönlich lasse mich von niemandem vereinnahmen und finde all die Unterstellungen als Zumutung. Ich weiß, aus welchen Motiven ich für Frieden eintrete, als Deutsche, als Christin, als Großmutter. Und es ist lächerlich, mir zu erklären, das könnten andere für sich ausnutzen. So lasse ich mich nicht zum Schweigen bringen.

Das, was ich gerade für mich persönlich formuliert habe, könnte – und ich denke: sollte – auch für die Friedensbewegung und als wichtigen Teil davon die DFG-VK gelten: Keine Vereinnahmung durch Staat(en), Parteien oder Großorganisationen, sondern Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Unser größtes Kapital, um dieses eigentlich hier unpassende Wort zu verwenden, ist unsere Glaubwürdigkeit. Und das heißt entsprechend unserer Grundsatzerklärung: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Deshalb sind wie gegen jeden Krieg und treten für Abrüstung, Verhandlungen, Diplomatie, Kriegsdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und zivile Konfliktbearbeitung ein.

Ihr werdet als Delegierte heute Nachmittag auch Anträge zur Bündnispolitik der DFG-VK beraten. Dem will ich nicht vorgreifen, höchstens an eine historische Erfahrung erinnern: In den 80er Jahren waren Die Grünen ein wichtiger Bündnispartner der Friedensbewegung. Wohin sie sich entwickelt haben, wissen wir alle. Auch deshalb mein Votum für Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

⇒ Alledem zum Trotz ist sie lebendig, die Friedensbewegung, das sehen wir auch heute hier bei dieser Versammlung.

Und da ich Theologin bin, will ich zuletzt noch etwas zur **Rolle meiner Kirche** sagen.

Bei einem Gespräch in Ostdeutschland über die neue Friedensdenkschrift der EKD vom November 2025 hieß es: Die evangelische Kirche hat die Friedensbewegung

schlicht ausgebürgert. Das klingt enttäuscht – und ich teile die Enttäuschung. Zwar ist in der Denkschrift die Rede vom „gerechten Frieden“ wie sie sich in evangelischer und katholischer Kirche anstelle der vom „gerechten Krieg“ durchgesetzt hat. Auf vielen, etliche Argumente abwägenden Seiten wird das ebenso erläutert wie die aktuellen Herausforderungen. Allerdings wird der „Schutz vor Gewalt“ angesichts des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine zum zentralen Motiv der Einschätzung gemacht. Theologisch ist vor allem die Rede davon, dass der Mensch nun einmal sündig sei und die Welt eine unerlöste.

Auf dieser Grundlage werden im wesentlich kürzeren konkreten Teil die derzeitige Aufrüstung und eine Wehrpflicht befürwortet. Ob Waffenlieferungen ethisch geboten sind, müsse durch Güterabwägung entschieden werden (S. 121). Sollten sie erfolgen, seien die Kriterien rechtserhaltender Gewalt anzuwenden (S. 16). Aus „ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive“ … könne sogar … „eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.“ (S. 116). Das öffnet meines Erachtens Willkür Tür und Tor.

Drei besonders gewichtige Beispiele für meine Enttäuschung will ich benennen:

1. Pazifismus

Zwar wird erklärt Gewaltfreiheit sei ein ethischer Grundsatz für Christinnen und Christen, „der nicht an politische Zweckmäßigkeiten geknüpft ist. Dennoch ist Gewaltverzicht nicht in jeder Lage zwingend.“ (S. 19) Weiter: „Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie ethisch nicht zu begründen. Er ist aber als Ausdruck individueller Gewissensentscheidung zu würdigen. Christlicher Pazifismus ist Ausdruck gelebter Frömmigkeit.“ Damit wird Pazifismus in der Tat abgeschoben ins Private.

2. Atomwaffen

Zwar wird erklärt, eine Ächtung von Atomwaffen sei ethisch geboten. Dennoch heißt es: „Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein.“ (S. 15) Das ist für mich angesichts der Potentiale der Massenvernichtungswaffen aus christlicher Perspektive nicht nachvollziehbar. Und: Müssten dann nicht am Ende alle Staaten atomare Waffen besitzen, um den Frieden zu sichern?

3. Wehrpflicht

Zwar wird erklärt, dass in der DDR die Totalverweigerung und der Dienst als Bausoldaten möglich waren. Eine Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen hielt damals fest, „dass die Totalverweigerer und Bausoldaten die „deutlicheren Zeugen des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn“ seien.

Auf der folgenden Seite geht es jedoch unmittelbar um das Töten im Krieg oder etwa das Töten aus Notwehr“ (ebd. S. 124f.). Dort ist zu lesen: „Dennoch ist aber festzuhalten, dass sich biblisch das 5. Gebot nicht auf das Töten im Krieg oder etwa das Töten aus Notwehr bezieht. Abgewehrt wird dagegen, modern gesprochen, ein Töten ohne Rechtsgrundlage.“ Plädiert wird für eine „übergreifende Dienstpflicht“

wobei dem Dienst innerhalb oder außerhalb des Militärdienstes kein Vorrang gegeben wird. Ein Gebot nach Lage zu relativieren erscheint mir höchst fraglich - das könnte ja sonst auch für alle anderen Gebote geltend gemacht werden.

Für mich ist damit eine große Chance verpasst, in Zeiten massiver Aufrüstung glasklar für Abrüstung zu plädieren. Die Chance, den Pazifismus aus christlicher Überzeugung und auf Grundlage des Evangeliums wieder in die Debatte in der Mitte der Gesellschaft zu bringen. Die Chance, eine Ächtung atomarer Waffen und die Forderung nach einem Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Die Chance, deutlich zu machen, dass es nicht um Wehrpflicht geht, sondern um die Verpflichtung zum Kriegsdienst, demgegenüber die Verweigerung in der Tat das deutlichere christliche Zeichen ist. Da ist die Lehre Jesu eindeutig.

Gegen Ende des Textes werden Friedensinitiativen durchaus gewürdigt, doch als Ermutigung der Friedensbewegung lässt sich die Denkschrift nicht wirklich lesen. Traurig. Gerade in diesen Zeiten könnte die evangelische Kirche eine starke, klare Stimme für den Frieden und den Abbau von Feindbildern sein, wie sie es in den 80er Jahren in Deutschland Ost und West war. Diese Chance ist vertan. Zudem wurde parallel zum „Operationsplan Deutschland“ von der Militärseelsorge ein „geistlicher Operationsplan“ entwickelt, der Geistlichen erklärt, wie sie im Kriegsfall Todesnachrichten überbringen oder Seelsorge an Kriegsgefangenen und ihren Bewachern gestalten. Auch das halte ich für einen Irrweg. Kirchen haben sich nicht auf den Krieg vorzubereiten, sondern sie sollten alle Kraft dareinsetzen, ihn zu verhindern! So bin ich froh, dass es die Aktion „Seelsorge bleibt zivil!“ gibt.

⇒Hoffnung macht mir, dass es sie noch gibt, die vielen kleinen Friedensinitiativen und aktiven Kirchengemeinden, die getrost und unverzagt Friedensdekaden planen und KDV-Beratung anbieten.

Und ja, wir brauchen Hoffnungsgeschichten, die uns ermutigen; wir sollten sie sammeln und teilen. Dazu passt übrigens auch die Aktion unseres DFG-Mitglieds Jürgen Grässlin „Vision bessere Welt“ zu den Mutmachmenschen. Jede Woche soll ab Dezember jemand porträtiert werden, der Mut macht, nicht zu resignieren, sondern im Rahmen der eigenen Möglichkeiten eintritt für eine bessere Welt. Ich wünsche dem Projekt auch mutmachende Verbreitung! Falls ihr Rückfragen habt, steht Jürgen gern zur Verfügung.

Abschließend teile ich eine Hoffnungsgeschichte des Schriftstellers Hanns Dieter Hüsch:

„Und so werden auch die Soldaten langsam nicht mehr durch die Stadt marschieren, sie werden langsam nach Hause gehen und Apfelbäume (…) pflanzen. In Peking werden die Soldaten mit ihren Bajonetten kleine Holzvögelchen schnitzen. Und überall werden die Soldaten voller Freude wieder ein richtiges Handwerk erlernen und mit den Kindern sonntags auf den Hügeln sitzen und Pflanzen beschreiben. Die großen Raketen werden zwar zunächst noch in den großen Museen zu sehen sein, aber dann wird man bald darüber lachen. (…) Die ganz Welt wird lachen. (…) Man

wird sich auf die Schulter schlagen und sagen: Mensch! (…) und denken werden sie alle, wie konnten wir nur so lange so dumm sein, wo wir doch immer dachten, wir wären so klug. (…)
Ich setze auf die Liebe
Das ist das Thema
Den Hass aus der Welt zu entfernen“.[5]

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

[5] Gerd Laudert, Der fahrende Poet. Hanns Dieter Hüsch 1925-2005, Books on Demand, Norderstedt 2022, S. 178.